

Bernhard Natter

Abstract zu Track #8 (Emanzipation durch Bildung?) beim Momentum-Kongress 14: „Emanzipation“ (16. – 19. Oktober 2014 in Hallstatt):

„Emanzipation“ als Leitbegriff einer kritischen politischen Bildung?

In den fachdidaktischen Diskussionen zur politischen Bildung in den letzten Jahrzehnten hat die Frage nach den prinzipiellen Zielvorstellungen eine untergeordnete Rolle gespielt. Mit dem Leitziel der politischen „Mündigkeit“ steht ein konsensfähiger Begriff der Grundorientierung für politische Bildung in pluralistisch-demokratischen Systemen zur Verfügung, der sich von allen normativen Setzungen einer Instrumentalisierung politischer Bildung durch autoritäre Regime distanziert. Im fachdidaktischen Diskurs in Deutschland ist jedoch in den letzten Jahren bei Tagungen und in Publikationen (1) erneut die Frage nach der prinzipiellen Orientierung der politischen Bildung angestoßen worden.

In diesem Abstract zu einem Beitrag für den Momentum-Kongress 14 werden die wichtigsten Punkte kurz skizziert. Zunächst soll auf die Kritik an einem verengten Begriff von „Mündigkeit“ und die Betonung der Leitorientierung „Emanzipation“ eingegangen werden. Dann wird diese Sichtweise selbst einer kritischen Betrachtung unterzogen und schließlich werden aus dieser Debatte erste eigene Schlussfolgerungen für Konzeptionen politischer Bildung gezogen.

Im Einzelnen soll etwa auf folgende Problematisierungen des Begriffs von „Mündigkeit“ eingegangen werden: Die Figur des handlungsfähigen „mündigen Bürgers“ als „autonomes“ Subjekt, das diesem liberalen Bürgerleitbild zugrunde liegt, abstrahiert zunächst weitgehend von deren gesellschaftlicher Bedingtheit und Eingebundenheit und befördert damit eher illusionäre Bilder sozialer, politischer und ökonomischer Handlungsspielräume.

Wegen solcher abstrakter bzw. eingeengter Verständnisse von „Mündigkeit“ wird von verschiedenen PolitikdidaktikerInnen der Begriff „Emanzipation“ zentral verwendet oder jedenfalls ergänzt zur Beschreibung des normativen Horizonts politischer Bildung. Dieser Begriff dockt explizit am Befund gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsstrukturen an und bezieht sich auf Prozesse der Befreiung aus Abhängigkeiten und der Verwirklichung von mehr Selbstbestimmung nicht nur von (unterprivilegierten) Individuen, sondern auch von sozialen Gruppen oder politischen Gemeinwesen. Eine an einem solchen Begriff von „Emanzipation“ und einem weiten Politikbegriff orientierte politische Bildung könne und solle dann auch gesellschaftliche Machtverhältnisse etwa in Form sozialer, geschlechtsspezifischer, rassistischer oder aufgrund sexueller oder religiöser/säkularer Orientierung erfolgter Ausschlüsse zu bearbeiten versuchen.

Die Orientierung einer kritischen politischen Bildung an einem solchen Leitbegriff „Emanzipation“ wirft auch Fragen auf und wird in der politikdidaktischen Diskussion durchaus problematisiert. Die Zielvorstellung eines emanzipatorischen Erkenntnisinteresses für die Politische Bildung in unreflektierter Form birgt die Gefahr, ihrerseits in der Sackgasse einer ausschließlichen Orientierung an bestimmten sozialwissenschaftlichen Theorien oder gar politischen Positionen zu landen. Eine solche mögliche Engführung im Verständnis emanzipatorischer politischer Bildung berührt auch zwei wichtige Prinzipien einer demokratischen politischen Bildung, wie sie im bis heute in der Politikdidaktik allgemein

akzeptierten sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 u. a. als Minimalkriterien festgehalten sind: das „Überwältigungsverbot“ im Sinne bevormundender bis indoktrinierender Zugänge und die Orientierung an den unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen und politischen Standpunkten zur Herausbildung von – in heutiger Diktion – Urteilskompetenz.

Von einem offeneren und differenzierteren Umgang mit der Zielvorstellung, Emanzipationsprozesse gerade auch gesellschaftlich und politisch Unterprivilegierter zu unterstützen, können allerdings Impulse und Akzentverschiebungen für die Konzeption politischer Bildung ausgehen:

- in Bezug auf die Zielgruppen: mehr Augenmerk auf die VerliererInnen des Bildungssystems und unterprivilegierte Gruppen auch in Bezug auf politische Bildung besonders im Pflichtschul- und außerschulischen Bereich;
- in Bezug auf die Auswahl von Inhalten: den Blick schärfen für die Fallstricke reiner Status-quo-Orientierung und die Affirmation dominanter gesellschaftlicher Diskurse durch Aufsuchen alternativer Analyseansätze; verstärkte Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Macht- und Ausschließungsprozessen und den Möglichkeiten von Inklusion und Partizipation;
- in Bezug auf didaktisch-methodische Zugänge: Versuche, die Interessen der Lernenden ernst zu nehmen und sie im Aufbau von Urteils-, Methoden- und Handlungskompetenzen zu unterstützen im Sinne von Empowerment;

(1) Vgl. vor allem die folgenden Sammelbände:
Mende, Janne/Müller, Stefan (Hg.): Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien - Konzepte – Möglichkeiten, Schwalbach/Ts 2009

Widmaier, Benedikt/Overwien, Bernd (Hg.): Was heißt heute Kritische Politische Bildung?
Schwalbach/Ts. 2013